

Wallstreet leidet unter Shutdown

Die Aktienbörsen haben den Anlegern 2018 kein Weihnachtsgeschenk gemacht – im Gegenteil: In den Tagen vor Weihnachten beschleunigte sich der Kursrutsch an fast allen Aktienmärkten, darunter den Börsen in New York, die immer noch als Leitbörsen gelten – also meist die weltweite Richtung der Kursveränderungen vorgeben. Mit dem sogenannten (Government-) Shutdown, was man mit "Regierungsschließung" oder "Regierungsstillstand" übersetzen kann, kam ab dem 22. Dezember noch ein weiterer Grund zur Sorge hinzu. Ein solcher "Shutdown" tritt in den USA in Folge einer Haushaltssperre ein, wenn die bisherige rechtliche Grundlage für Staatsausgaben ausläuft und sich das Parlament und der Präsident nicht rechtzeitig über weitere Haushaltsmittel einigen. Die meisten Bundesbehörden stellen dann ihre Tätigkeit weitgehend ein. Der Staats- und Verwaltungsapparat wird gleichsam heruntergefahren. Ein Teil der Staatsbediensteten stellt die Arbeit ein und nimmt unbezahlten Urlaub, andere müssen, zunächst ohne Bezahlung, weiterarbeiten. Ihre Bezahlung wird später größtenteils nachgeholt. Nur die als unerlässlich angesehenen Arbeiten werden noch gemacht.

Seit der Einführung der Government Shutdowns im Jahr 1976 gab es insgesamt 20 solcher Stillstände, wovon vier allerdings nur einen einzigen Tag dauerten und einer nur wenige Stunden (weil US-Präsident Trump am 9. Februar 2018 versäumte, rechtzeitig zu unterschreiben). Der bis Trump längste Shutdown war der 21-tägige Stillstand zwischen Dezember 1995 und Januar 1996 während der Präsidentschaft von Bill Clinton, der durch einen Steuerstreit ausgelöst worden war. Die jetzige Haushaltssperre ist mit über einem Monat die längste in der Geschichte der Vereinigten Staaten. Präsident Trump will damit das Parlament zwingen, mehr als fünf Milliarden Dollar für den Bau der im Wahlkampf versprochenen Mauer an der Grenze zu Mexiko zu bewilligen. Das Wahlkampfversprechen, Mexiko werde die Mauer bezahlen, erwies sich natürlich als haltlos.

Inzwischen werden die wirtschaftlichen Auswirkungen des Regierungsstillstands spürbar: Viele Staatsbedienstete müssen jetzt von ihren Ersparnissen leben; sie reduzieren ihre Einkäufe auf das Notwendigste. Teurere Konsumgüter wie neue Autos werden natürlich kaum von jemanden gekauft, dem für unbestimmte Zeit kein Gehalt überwiesen wird. Aufgrund der staatlichen Haushaltssperre vergibt der Bund auch weniger Aufträge an private Firmen und bezahlt Auftragnehmer nicht mehr. All das schwächt die Wirtschaft. Schon jetzt dürfte der Regierungsstillstand das Wirtschaftswachstum in den USA bremsen. Erfahrungen mit den Auswirkungen eines so langen Shutdowns auf die Konjunktur gibt es aber noch nicht.

Der Dezember und das vierte Kalenderquartal gehörten zu den schlechtesten Abschlussmonaten bzw. -quartalen, die die Börsen je erlebt haben. Normalerweise überwiegen in den letzten Wochen eines Jahres steigende Aktienkurse. Diesmal verlor der populäre Dow Jones Industrial Average Index vom Höchststand am 3. Oktober bei 26.951,8 Zählern bis zum Jahrestief am 26. Dezember bei 21.712,5 Punkten 19,4 Prozent. Zum Jahresende wenige Tage später konnte sich der Dow Jones immerhin bis auf 23.327 Punkte erholen, was für das vierte Quartal schließlich einen Rückgang um 11,8 Prozent bedeutete. Andere Indizes für US-amerikanische Aktien verzeichneten sogar noch höhere Verluste. Insbesondere Aktien von High-Tech-Unternehmen und kleineren Aktiengesellschaften wurden auf den Markt geworfen, was deren Kurse stark fallen ließ und vielen Anlegern die Jahresbilanz vermieste.

Trotz des auf unbestimmte Zeit anhaltenden Regierungsstillstands fassten mehr Anleger Mut, wieder US-Aktien zu kaufen. Mitte Januar überwand der Dow Jones die psychologisch wichtige Marke von 24.000 Punkten. Damit erreichten große US-Aktien im Durchschnitt wieder das Kursniveau, das monatelang vor dem beschleunigten Kursrutsch im Dezember geglitten hatte. Die Kursgewinne im Januar gelten als positives Signal für das ganze Börsenjahr.

Im Haushaltsstreit nimmt der politische und wirtschaftliche Druck auf beide Seiten zu, einen Kompromiss zu finden. Wenn der Shutdown beendet wird, erhalten Tausende Staatsangestellte Nachzahlungen. Nachholeffekte dürften der Konsumnachfrage dann einen Schub geben, sodass die Auswirkungen auf die amerikanische Konjunktur und die Aktienmärkte im Gesamtjahr nur klein ausfallen dürften.

Schon jetzt gehen viele davon aus, dass der Kursrutsch vor Weihnachten eine gute Gelegenheit zum Kauf von amerikanischen Aktien war. Dann hätte die Börse den Mutigen, die in Aktien investieren, doch ein Geschenk gemacht.

Der Handelskonflikt der USA mit China

An den Börsen sagt man oft "Politische Börsen haben kurze Beine" und meint damit, dass politische Ergebnisse zwar oft das Tagesgeschehen maßgeblich beeinflussen, in ihren längerfristigen Wirkungen aber oft überschätzt werden. Letztendlich sind wirtschaftliche Entwicklungen für die Kursentwicklung an den Börsen entscheidend. Von großem Interesse ist die Politik für die Märkte aber deswegen, wenn politische Entscheidungen und Ereignisse wirkliche Auswirkungen auf die Wirtschaft haben. Dies gilt seit vergangenem Jahr insbesondere für den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Gemeinschaft, den sogenannten "Brexit", als auch für die Handelsstreitigkeiten, die US-Präsident Trump vom Zaun gebrochen hat.

Für die wirtschaftliche Entwicklung Europas wird tatsächlich der Verlauf des britischen EU-Austritts sehr wichtig sein, für die Weltwirtschaft die Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen den USA und China. Deshalb werden in beiden Fällen die "politischen" Entwicklungen an den Börsen sehr genau beobachtet.

Global betrachtet ist der Handelsstreit zwischen den USA und China deswegen so wichtig, weil es sich um die beiden größten Volkswirtschaften der Welt handelt. Die Wirtschaftsleistung der USA wird von keinem zweiten Land erreicht. Wenn man alle Waren und Dienstleistungen, die in den USA produziert werden, bewertet, kommt man auf die unvorstellbare Summe (das sogenannte Bruttoinlandsprodukt, kurz BIP) von rund 20 Billionen Dollar, das sind 20.000 Milliarden oder 20 Millionen Millionen, geschrieben 20.000.000.000.000 – eine Zwei mit 13 Nullen. Vor zehn Jahren waren es übrigens schon rund 15 Billionen Dollar, was im Durchschnitt knapp drei Prozent Wirtschaftswachstum pro Jahr bedeutet.

Weil Chinas Wirtschaft sehr viel stärker wächst, wird der Vorsprung der USA immer kleiner. Das Bruttoinlandsprodukt Chinas ist in den vergangenen zehn Jahren von rund 5 Billionen auf jetzt über 14 Billionen Dollar gewachsen. Das ergibt eine durchschnittliche Wachstumsrate von rund zehn Prozent pro Jahr. Auch wenn sich diese Wachstumsrate jetzt in Richtung sechs Prozent abschwächt, ist es nur eine Frage der Zeit, bis China die USA als größte Volkswirtschaft der Welt ablöst.

Hinter dem Handelsstreit von Trump mit China vermuten nicht wenige den Versuch, den Aufstieg Chinas zur größten Volkswirtschaft der Welt zu verhindern. Um einer wirtschaftlichen Vorherrschaft der Volksrepublik China im pazifischen Raum etwas entgegenzusetzen, hatten die USA vor Trump jahrelang auf eine pazifische Freihandelszone hingearbeitet, die schließlich 12 Pazifik-Anrainer umfassen sollte – ohne China. Doch als eine seiner ersten Amtshandlungen kündigte Trump das unterschriftsreife Pazifische Freihandelsabkommen namens "TPP". Anstatt das multinationale Projekt daraufhin zu begraben, machten die verbliebenen 11 Staaten weiter. 22 Regeln, die man als Zugeständnis an Wünsche der USA aufgenommen hatte, wurden aus dem Vertragswerk gestrichen, das dann ohne die USA unter dem Namen "CPTPP" ("Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership") oder "TPP11" beschlossen wurde. Im vergangenen Jahr wurde das Freihandelsabkommen von Mexiko, Japan, Singapur, Australien, Kanada, Neuseeland und Vietnam ratifiziert.

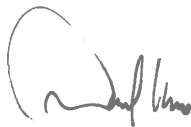
Um Schadensbegrenzung bemüht erklärten die USA inzwischen doch Interesse an einem Beitritt. Allerdings dürften die nicht mehr berücksichtigten Sonderwünsche der USA und zusätzliche Forderungen von Trump einer Aufnahme der USA im Wege stehen. Kurios: Auch Großbritannien, das bekanntlich im Atlantik und nicht im Pazifik liegt, will angesichts seiner selbstverschuldeten Isolation im Falle eines EU-Austritts dem Pazifischen Freihandelsabkommen beitreten.

Schon Ende Januar werden die amerikanisch-chinesischen Handelsgespräche fortgesetzt. China dürfte dabei seine Bereitschaft erklären, das Ungleichgewicht der Aus- und Einfuhren zwischen beiden Ländern weitgehend auszugleichen. Die kommenden Wochen und Monate werden also zeigen, ob Trump seinen Wählern einen "Deal" mit China präsentieren will, bevor der wirtschaftliche Schaden auch in den USA noch größer wird, oder ob hinter dem Streit mit China das Kalkül steht, den weiteren Aufstieg Chinas zu behindern.

Dazu dürfte auch die Absicht gehören, China den Zugang zu US-Technologie zu nehmen. Das Land von Hochtechnologie abzuschneiden, provoziert aber schon jetzt umso größere chinesische Bemühungen, in Forschung und Entwicklung selbst zur Weltspitze aufzuschließen. Die Experten eines großen deutschen Fondsanbieters halten es für möglich, dass daraus ein "technologischer Kalter Krieg" werden könne. Es sei denkbar, dass sowohl die USA als auch China eigenständige technologische Systeme aufbauen würden, was Innovationen behindern und internationale Zuliefererbeziehungen von Technologieunternehmen beeinträchtigen würde.

Allerdings könnte auch ein größerer Teil der Produktion von Hightech-Geräten aus Asien in die USA zurückkehren, was einen gewissen positiven Effekt hätte und zu Trumps Absichten passen würde. Noch ist allerdings offen, wie sich die Handelsbeziehungen entwickeln werden. Unabhängig davon sind sich alle Experten darin einig, dass Hochtechnologie mit Themen wie Künstliche Intelligenz, Big Data und dem "Internet der Dinge" in den nächsten Jahren ein wichtiger Treiber der wirtschaftlichen Entwicklung sein wird – und damit auch ein bedeutendes und letztendlich gewinnbringendes Thema für Anleger.

Mit freundlichen Grüßen



Thomas Dopf
Investments

Quelle: „GUT ZU WISSEN...“ erscheint bei der Drescher & Cie Gesellschaft für Wirtschafts- und Finanzinformationen mbH, Postfach 2165, 53744 Sankt Augustin. Trotz sorgfältiger Auswahl der von der Drescher & Cie GmbH als zuverlässig eingestufte Quellen und Informationen kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte nicht gehaftet werden. Dies gilt insbesondere für Inhalte, die nicht von der Redaktion der Drescher & Cie GmbH, sondern von Dritten stammen. Inhalte der Redaktion sind anhand der jeweiligen Kürzel am Ende der redaktionellen Beiträge erkennbar, welche sich auf der Internetseite www.investmentredaktion.de/redaktion wiederfinden lassen. Die Inhalte der „GUT ZU WISSEN...“ dienen ausschließlich Informationszwecken. Sie stellen weder eine individuelle Anlageempfehlung noch eine Aufforderung zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren dar. Kein Teil der „GUT ZU WISSEN...“ oder dessen Format darf (auch auszugsweise) ohne die ausdrückliche vorherige schriftliche Zustimmung der Drescher & Cie GmbH oder ohne eine entsprechende schriftliche Vereinbarung mit der Drescher & Cie GmbH zur Nutzung der Inhalte und / oder des Formats der „GUT ZU WISSEN...“ (Nutzungsrecht) reproduziert, nachgedruckt oder sonst vervielfältigt oder verbreitet werden. Jede im Bereich eines gewerblichen Unternehmens hergestellte oder genutzte Kopie (auch auszugsweise) ohne Nutzungsrecht verpflichtet zur Gebührenzahlung an den Verleger. Regelungen zu einem Nutzungsentgelt im Rahmen einer Einräumung eines Nutzungsrechts bleiben unberührt. (c) 2011 Drescher & Cie GmbH